land jugend

Vereintes Europa

www.landjugend.at

quality austria
SYSTEMZERTIFIZIERT
ISO 9001:2008 NR.10808/0
Gütezeichen

MIT UNTERSTÜTZUNG VON BUND, LÄNDERN UND EUROPÄISCHER UNION

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums: Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete.

LE 07-13
Entwicklung für den ländlichen Raum

lebensministerium.at

„In Vielfalt vereint“

Das Landjugendjahr 2014 steht unter dem Motto „In Vielfalt vereint“. Dieses Motto spiegelt auch den Erfolgsfaktor der Organisation mit rund 90.000 Mitgliedern wieder. So unterschiedlich und einzigartig das einzelne Mitglied ist, so einzigartig ist die gebündelte Vielfalt aller Landjugendlichen. Dieses Gemeinschaftsgefühl, dieses vereint sein in den letzten Jahrzehnten, lässt uns heuer in ein Jubiläumsjahr starten. Die Landjugend Österreich mit all ihren Landes-, Bezirks-, Gebiets- und Ortsgruppen feiert ihr 60-jähriges Bestehen. Im heurigen Jahr wird aber nicht nur gefeiert, sondern auch inhaltlich gearbeitet.

Unter dem Titel „Vereintes Europa“ beschäftigen wir uns mit der aktuellen Rolle der EU, der Erweiterung der Mitgliedsstaaten, aber auch mit dem neuen und wichtigen Stellenwert des Parlaments. In der Europäischen Union werden 2014 auch die Weichen für die Zukunft gestellt. Im Mai wird ein neues Parlament gewählt. Österreich entscheidet am 25. Mai, wer in der nächsten Periode die Interessen der Bevölkerung in Brüssel vertritt. Wir sind nicht nur vereint in unseren Organisationen, wir alle sind das „Vereinte Europa“. Gerade als Jugendlicher sollte man sich die wichtige Rolle der Union vor Augen halten. Noch nie gab es eine so lange kriegsfreie Zeit auf unserem Kontinent. Vor allem für Jugendliche bietet die Europäische Union zahlreiche Möglichkeiten – sei es mit einem Auslandsstudium, einem Praktikum oder einem Austausch um neue Leute und Länder kennenzulernen. Daher ist es wichtig und sinnvoll, dass jeder von seinem Wahlrecht am 25. Mai Gebrauch macht. Nur so kann man aktiv mitentscheiden und mitgestalten.

Neben den Wahlen verschreibt sich die EU heuer dem Thema „familienbetriebene Landwirtschaft“. Auch wir greifen diese Thematik, für uns unter dem Motto „Vielfalt Landwirtschaft“ auf.

Unter dem Motto „In Vielfalt vereint“ wünschen wir euch ein spannendes und tolles Jahr 2014. Feiert gemeinsam mit uns unser 60-jähriges Bestehen und erhebt, wo immer ihr die Möglichkeit habt, eure Stimme!

Eure Bundesleitung ELISABETH und MICHAEL

Foto-Credit: Landjugend Österreich

INHALT

Vereintes Europa

03 Einleitung „Vereintes Europa“

03 Vorwort von Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz

04-05 Entwicklungen der letzten Jahre und Herausforderungen für die Zukunft

06-07 Europa der Regionen

08-09 Zusammenspiel innerhalb der EU-Institutionen

10-11 Was macht eine Abgeordnete zum Europäischen Parlament? – Ein Interview mit MEP Elisabeth Köstinger

12-13 Struktur der Interessenvertretung auf europäischer Ebene

14 Landjugend Österreich goes Europe!

15 Auf die Plätze, fertig, los: Neues EU-Programm Erasmus+

16 Europäischer Rat der JunglandwirtInnen – CEJA

IMPRESSUM:
Herausgeber, Verleger: Landjugend Österreich; Schauflergasse 6, 1014 Wien, Tel. 01/53441-8560, Fax DW 8569, E-Mail: oelj@landjugend.at, http://www.landjugend.at, ZVR-Zahl: 288233040
Für den Inhalt verantwortlich: Landjugend Österreich
Foto-Credit Titelseite: istock
Layout, Reinzeichnung und Gesamtproduktion:
madergrafisch.at, www.madergrafisch.at, 3100 St. Pölten

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, Druckerei Queiser GmbH, UW-Nr. 780

PEFC/06-39-254

powered by

lebensministerium.at
bmwfj Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
lk landwirtschaftskammer österreich
land jugend österreich

Wusstest du, dass ...

... das Europäische Parlament die einzige europäische Institution ist, deren Mitglieder alle fünf Jahre direkt gewählt werden?

... nur in Österreich Jugendliche ab 16 wählen dürfen?

... Österreich gemeinsam mit Finnland und Schweden seit dem 1. Jänner 1995 Mitglied der Europäischen Union ist?

... derzeit 7 politische Fraktionen im europäischen Parlament vertreten sind?

... die Zahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament derzeit 766 beträgt? Durch den Lissabon Vertrag wurde die Anzahl der Abgeordneten auf 751 festgelegt. Daher werden künftig zwölf Mitgliedsstaaten, darunter auch Österreich, je einen Sitz an die kroatischen Abgeordneten abgeben.

... die Europäische Union im Laufe ihrer Geschichte von sechs auf 28 Staaten angewachsen ist?

Europa – das sind wir!

Im Europa von heute sind offene Grenzen, eine gemeinsame Währung und Frieden für uns selbstverständlich. Egal ob in London, Madrid oder Warschau - als Österreicherin oder Österreicher ist man als Teil des vereinten Europas überall zu Hause. Mit über 500 Millionen Einwohnern hat die Europäische Union nach China und Indien die drittgrößte Bevölkerung der Welt. Auf einer Fläche von mehr als vier Millionen Quadratkilometer werden neben den 23 Amtssprachen der EU noch über 60 weitere, regionale Sprachen gesprochen. All das zeigt uns die einzigartige Vielfalt, die das vereinte Europa ausmacht. Österreich liegt nicht nur geografisch im Zentrum Europas, sondern ist Bindeglied und Brückenbauer zwischen Ost und West. 25 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung finden in Europa statt und wir profitieren täglich davon, Teil dieser Gemeinschaft zu sein. Damit das vereinte Europa dauerhaft eine Erfolgsgeschichte bleibt, muss es weiter zusammenwachsen und der Integrationsprozess fortgeführt werden, wie etwa durch den EU-Beitritt Kroatiens 2013. Die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Zukunft können nur durch einen stärkeren Zusammenhalt Europas, nach Innen sowie nach Außen, gelöst werden. Ich lade Euch ein, selbst die Idee des vereinten Europas mitzutragen und wünsche der Landjugend viel Erfolg mit ihrem Jahresschwerpunktthema 2014!

Euer SEBASTIAN KURZ,
Außen- und Integrationsminister

Foto-Credit: istock, BMeiA

Europäische Union – Entwicklungen der letzten Jahre und Herausforderungen für die Zukunft

Dipl.-Ing.in Bernadette Mayr, Landjugend Österreich

Foto-Credits: BilderBox.com, istock • Bezugsquellen: Europäische Union: europa.eu, Europäische Kommission: ec.europa.eu, EU4Journalists: www.eu4journalists.eu

Die Europäische Union ist in ihrer 64-jährigen Geschichte von sechs auf 28 Staaten angewachsen und beeinflusst damit täglich das Leben von mehr als einer halben Milliarde Menschen.

Gerade in den letzten Jahrzehnten sind viele Staaten der Europäischen Union beigetreten. Die bisher größte Erweiterung erfolgte am 1. Mai 2004, als mit Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Ungarn, der Tschechischen Republik sowie Malta und Zypern insgesamt zehn neue Staaten Mittel- und Osteuropas beitraten. Bulgarien und Rumänien folgten am 1. Januar 2007. Für viele besiegelt der Beitritt vieler ehemals kommunistischer Länder die Vereinigung von Ost und West. Mit Kroatien trat am 1. Jänner 2013 das bisher letzte Land der Europäischen Union bei.

EU-Erweiterungsprozess – ein langer Weg bis zum Beitritt

Laut Artikel 49 des Vertrages über die Europäische Union hat jedes europäische Land die Möglichkeit sich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu bewerben, wenn es die demokratischen Werte der Union respektiert und sich dazu verpflichtet diese zu fördern.

Vor dem Beitritt müssen jedoch eine Reihe politischer, wirtschaftlicher sowie rechtlicher Beitrittskriterien, die sogenannten Kopenhagen-Kriterien, erfüllt werden. Hierzu zählen Demokratie,

Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte im politischen Bereich, eine funktionierende Marktwirtschaft im wirtschaftlichen Bereich und die Akzeptanz der geltenden Rechtsvorschriften und Verfahren der EU im rechtlichen Bereich.

Zugleich muss die Europäische Union über geeignete Kapazitäten zur Integration weiterer Staaten verfügen.

Der Beitrittsprozess umfasst grob folgende drei Phasen:

1. Das Land wird offizieller Kandidat für die Mitgliedschaft.
2. Das Kandidatenland nimmt offizielle Beitrittsverhandlungen auf.
   Während dieser Zeit wird bestehendes EU-Recht übernommen, angewendet und durchgesetzt. Oftmals sind hierfür Reformen in Justiz, Verwaltung und Wirtschaft nötig.
3. Sind die Verhandlungen zur Zufriedenheit beider Seiten abgeschlossen werden diese in einem Beitrittsvertrag (welcher Übergangsregelungen, Fristen, Sicherheitsklauseln, etc. enthält) zusammengefasst und das Land kann der EU beitreten.

Der Nächste bitte – aktuelle Beitrittskandidaten

Die Integration der westlichen Balkanstaaten sowie der Türkei in die europäischen Strukturen und letztendlich deren Aufnahme in die Gemeinschaft hat für die Europäische Union hohe Priorität. Ziel dieser Erweiterungsagenda sind Stabilität sowie politische und wirtschaftliche Reformen in diesen Ländern. So wurden Albanien, Bosnien – Herzegowina und dem Kosovo* die Perspektive eines EU-Beitritts in Aussicht gestellt. Während die Türkei, Island, Serbien, Montenegro und Mazedonien bereits über den offiziellen Kandidatenstatus verfügen.

Die Bewerbungsprozesse für die EU-Mitgliedschaft sind jedoch lang und aufwändig. Die Aussicht auf einen EU-Beitritt bietet zwar für viele dieser Länder Anreiz für demokratische und wirtschaftliche Veränderungen, jedoch sind einige nach wie vor mit großen Herausforderungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit, Zivilgesellschaft und regionale Zusammenarbeit konfrontiert.

Jede Erweiterung der Europäischen Union fördert Solidarität zwischen der Europäischen Union und ihren Beitrittsländern. Zudem stärkt sie die Verhandlungsposition und Schlagkraft der EU auf internationaler Ebene. EU-Mitgliedsstaaten profitieren wiederum von der wachsenden Stabilität und den gesunden Marktwirtschaften der Nachbarstaaten. Mit einer Erweiterung ergeben sich somit Vorteile und Chancen sowohl für die Länder der Europäischen Union als auch für die Beitrittskandidaten.

Zukunft Europa?

EU-Osterweiterung, gescheiterter Verfassungsvertrag, Wirtschafts- und Finanzkrise, Euro-Rettungsschirm, EU-Flüchtlingspolitik, Rekordarbeitslosigkeit - nur ein paar Schlagwörter um die jüngsten Agenden der Europäischen Union zu skizzieren. Trotz aller Krisen erhielt die EU im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz um Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa. Ein wichtiges Zeichen um die bisherige Arbeit der Europäischen Union, ihre stabilisierende Rolle und in vielen Bereichen erfolgreiche, staatenübergreifende Zusammenarbeit hervorzuheben und aufzuzeigen. Denn um auch künftig auf globale Herausforderungen in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft oder Migration reagieren zu können bedarf es einer starken Europäischen Union die es schafft, die Interessen ihrer 28 Mitgliedsstaaten zu vereinen um diese dann erfolgreich am internationalen Spielfeld zu vertreten.

* *Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/99 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos*

Europa der Regionen

Autor: Dr. Johannes Hahn, EU-Regionalkommissar

Mit Hilfe des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF), investiert die Europäische Union in tausende Projekte in allen Regionen Europas, um ihr Hauptziel zu erreichen: die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts durch den Abbau diverser Ungleichgewichte zwischen den Regionen.

EU-Regionalpolitik ist Investitionspolitik, die die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum fördert und eine nachhaltige Entwicklung unterstützt. Mit diesen Investitionen wird ein Beitrag zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 geleistet. Sie ermöglicht es der Europäischen Union, zur Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand, zur Umstellung industrieller Krisenregionen, zur Diversifizierung ländlicher Gebiete, in denen die traditionelle Landwirtschaft mehr und mehr an Bedeutung verliert und zur Wiederbelebung benachteiligter Stadtviertel, beizutragen.

Für die künftige 7-Jahresperiode, 2014–2020, stehen den 28 Mitgliedsländern der Europäischen Union 325 Mrd. Euro zur Verfügung, wovon auf Österreich 1,1 Mrd. Euro entfallen.

Wie werden die Mittel verwaltet?

Die EU-Regionalpolitik wird in Partnerschaft zwischen der Kommission und den Regionen Europas umgesetzt. Die Regionen verständigen sich mit der Kommission auf Investitionsprioritäten, die sie zunächst in Partnerschaftsvereinbarungen und schließlich detaillierter in sogenannten Operationellen Programmen beschließen. Erst wenn eine Einigung zwischen Kommission und den Regionen über die strategischen Ziele der einzelnen Programme erzielt wurde, können Projektmittel investiert werden. Hauptverantwortung bei der Projektauswahl und -umsetzung tragen die Verwaltungsbehörden, dies sind in der Regel Wirtschaftsministerien der jeweiligen Regionen. Jeder Bürger kann sich übrigens selbst darüber informieren, welche Projekte gefördert werden: einen guten Einstieg bieten die Webseiten von Inforegio: http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/austria/index_de.htm und der ÖROK: http://www.oerok.gv.at/.

Wirtschaftlicher Erfolg hängt in Europa auch von der Fähigkeit einer Region ab, Netzwerke mit anderen Regionen aufzubauen. Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch zwischen Regionen können ausschlaggebend sein, um einen dynamischen, zukunftsorientierten regionalen Ent-

Foto-Wettbewerb Europa in meiner Region

Im Sommer 2014 wird die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung erneut den Foto-Wettbewerb „Europa in meiner Region“ veranstalten, bei dem es darum geht, Projekte mitsamt dem Nachweis der EU-Förderung (etwa Bauschilder oder Hinweistafeln mit dem EU-Logo) ins Bild zu setzen. Es wird wieder attraktive Preise zu gewinnen geben, etwa eine Reise nach Brüssel sowie eine Digitalkamera.

Foto-Credits: istock, Eco World Styria

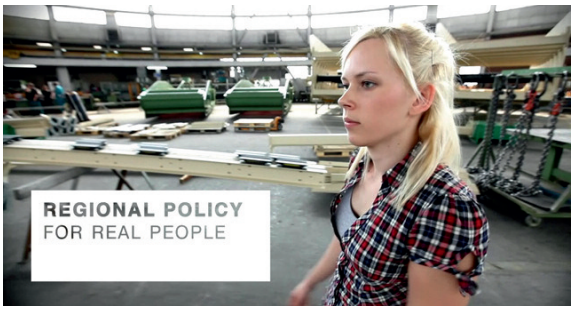
wicklungsprozess in Gang zu setzen. Das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ unterstützt Programme für grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit. Tausende grenzübergreifende Projekte haben die Vorteile für Regionen aufgezeigt, wenn sie als Partner zusammenarbeiten, Ideen teilen und neue und innovative Wege bei der Verwendung europäischer Investitionen beschreiten.

Österreich nimmt gegenwärtig an 7 Programmen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Italien teil. In größeren Kooperationsräumen kooperiert Österreich mit Anrainern im Alpenraum, in Mittelosteuropa und Südosteuropa. Der Erfahrungsaustausch und die Koordinierung von Investitionen sind auch zwei der Leitideen, die zur Entstehung einer EU Strategie für den Donauraum führten, an der Österreich maßgeblich mitwirkt.

In den nächsten 7 Jahren wird es für Österreichs Regionen darum gehen, die zur Verfügung stehenden EU-Regionalfördermittel so intelligent einzusetzen, dass sie nachhaltig positive Wirkungen für die Bürger entfalten können.

Projektbeispiel

ECO World Styria, intelligentes Wachstum – das Projekt hat die Anzahl der Umwelttechnologieunternehmen in der österreichischen Region Steiermark erhöht. Es ist darauf ausgerichtet, das Cluster ECO World Styria mit ca. 180 Unternehmen zu einem weltweiten Zentrum ökologischer Innovation zu machen. Seit Projektbeginn haben die sauberen Technologien 5.000 neue Arbeitsplätze entstehen lassen.



Petra Könighofer vom Projekt Eco World Steiermark

Zusammenspiel innerhalb der EU-Institutionen

Autor: Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich

„EU: 6,6 Milliarden verschlampt!“ titelte die Kronen Zeitung am 6. November 2013 in großen Lettern. „Wieder einmal sorgt die Geldverschwendung in der Europäischen Union für Empörung.“ Las man dann den Artikel selbst, stellte sich heraus, dass besagte Milliarden, mit denen Projekte europaweit gefördert werden sollten, eigentlich in den Nationalstaaten verschwunden waren. Ist die Überschrift also falsch? Um diese Frage zu beantworten, muss man erst einmal wissen: Was ist das eigentlich: „die EU“?

„Die EU“: das sind zuallererst ihre 28 Mitgliedstaaten. Aus ihnen besteht die Union; sie haben die Grundsatzregeln festgelegt und können sie auch nur einstimmig verändern. Die EU ist also kein Zentralstaat, der den Ländern irgendetwas vorschreibt, sondern die Summe ihrer Mitgliedstaaten. Sie bestimmen bei allem mit. Ihre Staats- und Regierungschefs (für Österreich der Bundeskanzler) bilden den Europäischen Rat, wo sie politische Leitlinien vorgeben. Für die Gesetzgebung sind dann der Ministerrat und das Europäische Parlament zuständig. Der Ministerrat trifft sich in unterschiedlichen Zusammensetzungen: geht es ums Geld, schicken die Länder ihre Finanzminister; muss etwas Juristisches geklärt werden, kommen die Justizminister. Müssen aber 28 Regierungen immer einer Meinung sein, passiert gar nichts. Das wissen die PolitikerInnen wohl selbst am besten und haben sich deswegen etwas einfallen lassen:

Die Mitgliedstaaten arbeiten demokratisch zusammen

Für Entscheidungen im Ministerrat braucht es keine Einstimmigkeit mehr, sondern nur noch eine „qualifizierte Mehrheit“. Das ist mehr als einfach nur die Mehrheit aller Stimmen: 55 Prozent müssen es sein. Die Länder, die mit Ja gestimmt haben, müssen gleichzeitig mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung stellen. So wird zum einen verhindert, dass die kleineren Länder den großen auf der Nase herumtanzen; zum anderen, dass die großen den anderen alles diktieren können. Gleichzeitig kann nicht ein einzelnes Land alle Entscheidungen blockieren. Mit diesem komplizierten Kompromiss ist beides sichergestellt: dass jeder Bürger gleich viel zählt und sich große und kleine Nationen trotzdem auf Augenhöhe begegnen.

Ist die EU nun also eine reine Angelegenheit der Regierungen, die in Brüssel miteinander verhandeln und dann Zuhause eben jenes „Brüssel“ für die getroffenen Entscheidungen kritisieren?

Foto-Credits: Europäisches Parlament, Europäischer Rat

Europäisches Parlament und Kommission haben die ganze EU im Blick

Die nationalen Regierungen wissen nur zu gut, dass sie in der Regel auf ihre eigenen Interessen schauen. Wären sie alleine verantwortlich, würden sie sich vermutlich nicht entscheiden können, welche Politik in Europa eigentlich gemacht werden soll. Deswegen gibt es das Europäische Parlament und die Europäische Kommission. Die Kommission ist eine Art Regierung, sie hat die gesamteuropäischen Interessen im Blick, schlägt Gesetze vor und überwacht, ob die Staaten sich auch an das gemeinsam Vereinbarte halten. Sie besteht aus einem Präsidenten und den Kommissaren, die sich ganz wie die Minister um verschiedene Fachbereiche kümmern.

Das Europäische Parlament vertritt alle EU-Bürgerinnen und Bürger direkt

Das Europäische Parlament ist das demokratische Organ der EU. Es vertritt die 506 Millionen EU-BürgerInnen, die die 751 Abgeordneten direkt wählen. Sie formieren sich ganz wie im Nationalrat zu Parlamentsklubs, suchen Mehrheiten und sorgen dafür, dass die Regierungen nicht über die Köpfe der

Menschen hinweg entscheiden. Das Europäische Parlament ist die einzige direkt gewählte überstaatliche Institution der Welt. Es beschließt zusammen mit dem Rat die Gesetze, die von der Kommission vorgeschlagen werden. Es kontrolliert den Haushalt, überwacht die Arbeit der Kommission und kann diese auch stürzen, wenn sie nicht gut arbeitet. Sie wählt auf Vorschlag des Europäischen Rates sowohl den Kommissionspräsidenten als auch alle Kommissare.

Am 25. Mai 2014 sind Europawahlen - Wie geht es weiter mit Europa?

Die nächste Europawahl findet am 25. Mai 2014 statt. Österreich ist das einzige Land der EU in dem bereits ab 16 Jahren gewählt werden darf. Die Wahlen entscheiden über die künftige Zusammensetzung des Parlaments, beeinflussen wer der neue Kommissionspräsident wird und damit, welche Politik in den nächsten fünf Jahren gemacht wird! Bei der Europawahl 2014 stellen wir die Weichen für die Zukunft!

Europa – in Vielfalt geeint

Die nationalen Regierungen, die Kommission und das Parlament bilden das institutionelle Dreieck der EU. Alle Entscheidungen werden von ihnen zusammen beraten und gefällt, unter Berücksichtigung sowohl der nationalen Interessen als auch der Belange der BürgerInnen ganz direkt. „Die EU“ - das ist eben keine fremde Behörde im fernen Brüssel, sondern ein komplexes System von Institutionen, Staaten und Personen. Wenn es also heißt: „Die EU verschwendet unser Geld“, lohnt sich immer ein zweiter Blick. Denn „die EU“ - das sind wir alle: 28 Nationalstaaten mit Regierungen und Parlamenten, die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und wir 506 Millionen Menschen. Anstatt gegeneinander zu arbeiten, arbeiten wir miteinander. Das ist meist mühsam und immer etwas schwierig zu verstehen - aber so einfach, wie uns manche Schlagzeile glauben lässt, ist es eben meistens nicht. Eines haben wir aber definitiv schon erreicht: Europa ist in Vielfalt friedlich geeint.

„Was macht eine Abgeordn Parlament?“ – Ein Interview

Das Interview führte Bundesleiterin Elisabeth Gneißl.

Du bist Abgeordnete zum Europäischen Parlament. Wo arbeitest du und was obliegt deinem Aufgabenbereich?

Grundsätzlich bin ich an drei verschiedenen Orten tätig: Im EU-Parlament in Brüssel, wo hauptsächlich Ausschuss- und Fraktionssitzungen stattfinden, im EU-Parlament in Straßburg, wo das Plenum einmal monatlich über Gesetzesvorschläge abstimmt und in meinem Wahlkreis, in Österreich, wo ich regelmäßig an Konferenzen teilnehme, Betriebe besichtige und so direkt mit den Leuten in der Region in Kontakt treten kann.

In meinen Aufgabenbereich fallen die Themen Landwirtschaft, sowie drei weiter Fachausschüsse und die parlamentarischen Delegationen zur Volksrepublik China und Israel. Generell ist es als EU-Abgeordnete meine Aufgabe UnionsbürgerInnen zu vertreten und deren Interessen in die Gesetzgebung auf europäischer Ebene einfließen zu lassen.

In welche Themenbereiche bringst du dich konkret ein und in welcher Form?

In den jeweiligen Fachausschüssen, also in meinem Fall im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI), im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA), im Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) und im Ausschuss für Fischerei (PECH), debattiere ich mit anderen Abgeordneten über Gesetzesentwürfe der EU-Kommission und kann direkt Änderungen einbringen. In weiterer Folge wird über diese Änderungsanträge im Plenum abgestimmt, wo schließlich die Position des gesamten EU-Parlaments beschlossen wird. Meine Arbeit fließt damit direkt in Wort und Schrift in die Gesetze ein.

Foto-Credits: Elisabeth Köstinger, Landjugend Österreich

ete zum Europäischen
mit MEP Elisabeth Köstinger

Was in deinem Job ist für dich besonders herausfordernd und schön? Was sind die weniger schönen Seiten?

Die große Verantwortung, die man als EU-Abgeordnete hat, ist die größte Herausforderung - das ist ganz klar. Besonders schön ist, dass ich regelmäßig die Gelegenheit habe, landwirtschaftliche Betriebe zu besichtigen. Dabei erlebe ich immer, mit welcher Leidenschaft LandwirtInnen ihrer Arbeit nachgehen. Das ist immer wieder beeindruckend. Beides, also das Herausfordernde und das Schöne fallen dann in meinen Tätigkeitsbereich zusammen, wenn es darum geht, europäische Rahmenbedingungen für unsere heimische Landwirtschaft mitzugestalten.

Als extrem anstrengend empfinde ich das permanente Pendeln zwischen den Arbeitsorten und in den Bundesländern, aber auch daran gewöhnt man sich.

Die Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen ist generell sehr niedrig und betrug bei der Wahl 2009 für Österreich nur 42,4% und im EU-Durchschnitt nur 43,1%. Worauf ist dieses Desinteresse deiner Meinung nach zurückzuführen?

Ein Grund für die geringe Beteiligung bei der Wahl 2009 war sicher, dass viele Bürgerinnen und Bürger in Österreich, wie auch im restlichen EU-Raum, über die EU und das Parlament wenig Bescheid wissen. Das Bewusstsein, dass die EU in Hinblick auf Arbeitsplätze, Freizeit und Wohlstand zahlreiche Chancen eröffnet, muss wachsen. Wahlen bedeuten die Möglichkeit der Mitentscheidung und jede Stimme zählt. Gerade für die Jugend ist das von großer Bedeutung!

Was hat sich durch deine Arbeit im Europäischen Parlament an deiner Einstellung zu Österreich und der EU verändert?

Vor meinem Antritt als EU-Abgeordnete war ich überzeugt von Europa. Jetzt bin ich es noch mehr. Ein Europa der Nationalstaaten würde der heutigen globalisierten Welt nicht mehr gerecht werden. Würde Österreich nicht am europäischen Binnenmarkt teilnehmen, würde das einen enormen Wohlstandsverlust für die österreichische Bevölkerung mit sich bringen. Europapolitik ist zunehmend Innenpolitik geworden. 70 Prozent der österreichischen Gesetze haben einen europapolitischen Rahmen.

Was möchtest du Jugendlichen im ländlichen Raum mitgeben? Was bietet ihnen die EU? Wie können sie sich aktiv einbringen?

Jeder Ort und jede Region braucht Jugendliche mit Visionen und frischen Ideen. Die Jugend ist nicht nur die Zukunft unseres Landes, sie ist auch die Gegenwart! Auf der Homepage www.up2youth.eu, können sich junge EuropäerInnen unter 30 Jahren aktiv einbringen und Europa mitgestalten, indem sie ihre Meinung äußern und Vorschläge für politische Maßnahmen auf europäischer Ebene einbringen. Aber auch direkt im Ort kann jeder etwas bewegen. Ich durfte meine ersten Schritte in der Landjugend Ortsgruppe Granitztal machen und später auch als Bundesleiterin tätig sein. Dadurch fand ich eine optimale Plattform für meine Ideen und konnte unglaublich wertvolle Erfahrungen für meine Laufbahn sammeln.

Die Europäische Union möchte junge Menschen fördern indem sie durch diverse Programme grenzüberschreitende Bildung fördert. Zudem macht sie das Reisen einfacher, die Menschen mobiler, das Telefonieren billiger und das Einkaufen im Internet sicherer. Wir haben unsere Zukunft selber in der Hand! Engagement, Visionen und Eigenverantwortung sind mehr denn je gefragt!

Struktur der Interessenvertret

Autor: Mag. Gerfried Gruber, Bereichsleiter Landwirtschaft im BMLFUW, vormals ständige Vertretung der LKÖ in Brüssel

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – ein europäischer Politikbereich

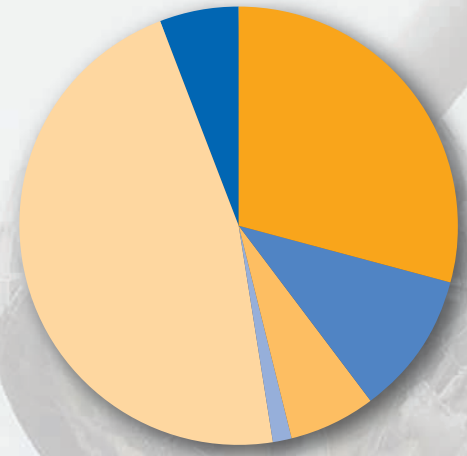
Schon mit den im Jahr 1957 in Rom unterzeichneten Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaften wurden die Grundprinzipien einer Gemeinsamen Agrarpolitik verankert, deren Ziel es im Wesentlichen ist, die Versorgung der Verbraucher mit Lebensmitteln sicherzustellen und gleichzeitig der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten (siehe Artikel 39 AEUV). Voll umgesetzt wurde die GAP im Jahr 1962. Hinzu kam die Politik für die Entwicklung des Ländlichen Raumes, welche die klassischen agrarpolitischen Aufgaben (Marktordnung, Einkommensstützungen) ergänzt.

Anzahl der landw. Betriebe	12,2 Mio.
Bewirtschaftete Fläche	174 Mio. ha
Anteil LW an der EU-Landfläche	40 %
Beschäftigte	10 Mio.
Bruttowertschöpfung (abz. Inputkosten)	€160,6 Mrd.
Vieheinheiten	135 Mio.
Forstwirtschaft	180 Mio. ha
Forstanteil an der EU-Landfläche	42,4 %
Aquakultur Produktionsmengen (lebend)	1,25 Mio. t

Quelle : EUROSTAT (2013)

Zahlen und Fakten zur Landwirtschaft in der EU 28

Die Agrarpolitik stellt einen der wenigen Politikbereiche dar, welcher vollständig in den Zuständigkeitsbereich der EU fällt und auch zu einem großen Teil aus Mitteln des EU-Haushalts finanziert und verwaltet wird. Folglich ist ein großer, wenn auch sinkender Anteil am EU-Gesamthaushalt, der GAP sowie deren Umsetzung und Kontrolle zugewiesen.



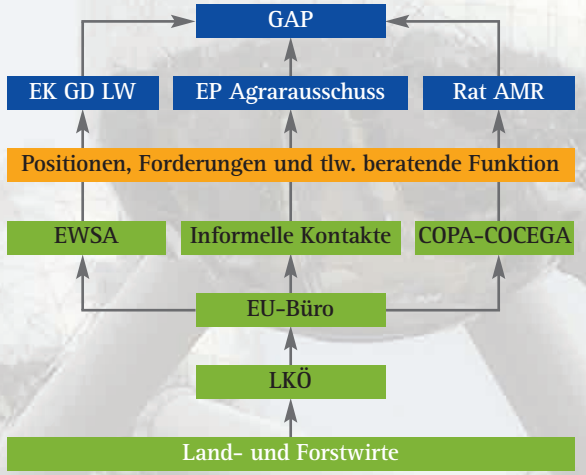
- *29,3%: Direktzahlungen und marktbezogene Ausgaben*
- *10,7%: Entwicklung des ländlichen Raums*
- *6,2%: Die EU als globaler Akteur*
- *1,4%: Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht*
- *46,7%: Kohäsion und Wettbewerbsfähigkeit im Dienste von Wachstum und Beschäftigung*
- *5,7%: Verwaltungsausgaben insgesamt*

Ausgaben EU-Haushalt 2013

Politische Entscheidungen fallen auf europäischer Ebene

In Brüssel (Rat der EU) und Straßburg (Europäisches Parlament) wird nicht nur über die finanzielle Mittelverteilung, sondern auch über die Strategien und die konkreten Rechtsakte der GAP entschieden. Umso wichtiger ist es für eine berufliche Interessenvertretung auf der Entscheidungsebene Einfluss auf die Politikgestaltung zu nehmen.

Die Interessenvertretung auf europäischer Ebene ist vielschichtig und komplex, vereinfacht lässt sich das Schema wie folgt darstellen:



- GD LW: Generaldirektion Landwirtschaft
- AMR: Agrarministerrat
- EWSA: Europäischer Wirtschafts- & Sozialausschuss
- COPA-COCEGA: Europäische Dachorganisation der landwirtschaftlichen Interessensvertretung

Tätigkeitsfeld der LKÖ

Foto-Credits: Landjugend Österreich • Quellen: EUROPÄISCHE KOMMISSION, (2013), EIGENE ANGABEN

ung auf europäischer Ebene

Europäische Institutionen – Das Betätigungsfeld für Interessenvertretungen

Die Europäische Kommission
Sie stellt die „Regierung" der EU dar und verfügt über ein Initiativrecht für gesetzliche Vorhaben. In vorgegebenem Umfang verfügt sie über ihr zugewiesene Kompetenzen für die Ausführung von Rechtsakten. Die Kommission kontrolliert außerdem die ordnungsgemäße Umsetzung der Politikbereiche wie etwa der GAP. In Handelsfragen vertritt sie die EU nach außen und schließt Abkommen. Die Kommissionsdienststellen werden von der Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ) möglichst im Vorfeld politischer Entscheidungen kontaktiert, um so die Positionen und Anliegen der österreichischen Landwirte darzulegen.

Rat der EU und Europäisches Parlament
Sie fungieren als rechtssetzende Organe der EU. In den meisten Politikbereichen, so auch der GAP, hat das Europäische Parlament (EP) mittlerweile eine gleichrangige Mitentscheidungsgewalt erlangt (Vertrag von Lissabon). In Fragen der GAP ist der Agrarministerrat befasst, auf Seite des EP der Agrarausschuss. Andere für die Landwirte wichtige Fragen wie z.B. Umweltschutz, erneuerbare Energie oder Außenhandel, werden in den jeweils zuständigen Ratsformationen und EP-Ausschüssen behandelt. Die LKÖ pflegt intensive Kontakte mit wichtigen Mitgliedern des EP und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) bzw. dessen Repräsentanten in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel, in welcher auch das EU-Büro der LKÖ angesiedelt ist.

Ausschuss der Regionen (AdR) und Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)
Es handelt sich um beratende Einrichtungen der EU-Institutionen. Beide Ausschüsse verfügen über ein Anhörungsrecht zu politischen Vorhaben auf europäischer Ebene und formulieren Stellungnahmen. Die Mitglieder stammen aus repräsentativen Verbänden der Zivilgesellschaft. Die LKÖ und der ÖRV sind im EWSA mit Sitz und Stimme vertreten.

European Farmers – European Cooperatives (COPA-COGECA) – Die berufliche Interessenvertretung der Landwirte und Genossenschaften auf europäischer Ebene

Um die gemeinsamen Interessen in Europa einbringen zu können, haben sich die wichtigsten Landwirtschaftsverbände der Mitgliedstaaten bereits im Jahr 1958 zu einem berufsständischen Ausschuss, der COPA, zusammengeschlossen. Ein Jahr später erfolgte die Gründung der COGECA, dem Dachverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Zur effizienten Arbeit wurde in Brüssel ein gemeinsames Sekretariat eingerichtet. COPA-COGECA ist somit die erste berufsständische, repräsentative Interessenvertretung auf europäischer Ebene überhaupt.

Die LK Österreich bringt ihre Standpunkte in den verschiedenen thematischen Arbeitsgruppen sowie der politischen Koordinierungsgruppe der COPA ein und trägt aktiv zum Zustandekommen gemeinsamer Positionen bei. Dies stellt, aufgrund der Vielfalt an Interessen, stets eine große Herausforderung dar. Im Ergebnis stehen daher oft Kompromisse, die sich aber zumeist mit den Positionen der LKÖ decken.

Nähere Infos:

Landwirtschaftskammer Österreich: **www.lko.at**
Copa-Cogeca: **www.copa-cogeca.be**
EWSA: **www.eesc.europa.eu**
AdR: **cor.europa.eu/de**

EUROPA was ist jetzt? EUROPAWAHL 2014

Projektbeschreibung: **EUROPA – Was ist jetzt?**

Autor: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Um das Interesse von Jugendlichen zu den Themen „Europa“ und „Europäische Union“ zu wecken, führt die Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) in Kooperation mit den vier österreichischen Sozialpartner Bundesarbeitskammer (BAK), Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB), Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ) und Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) eine EU-Informationsoffensive zur Europawahl 2014 durch.

Dialogplattform

Der Dialog mit den Jugendlichen findet via Facebook-Plattform „EUROPA was ist jetzt?“ (http://www.facebook.com/wasistjetzt) statt. Hier können Fragen und Diskussionsbeiträge zu Europa und zur Europawahl 2014 gepostet werden. Zusätzlich kann man über die Plattform bei diversen Aktionen und Gewinnspielen teilnehmen sowie via LiveTracking bei ausgewählten Veranstaltungen mitmachen.

Fotoaktion

Im Rahmen der Kampagne wird eine Fotoaktion durchgeführt. Von der Website www.wasistjetzt.eu kann man eine Sprechblase herunterladen, diese mit einer Frage ergänzen, damit ein möglichst kreatives Foto machen und auf die Facebook-Plattform hochladen. Das Foto mit den meisten „Likes“ gewinnt. Außerdem werden die im Rahmen der Fotoaktion geposteten Fragen auf der Facebook-Plattform diskutiert und beantwortet.

Ideenwettbewerb

Für das Frühjahr 2014 (März, April) ist ein Ideenwettbewerb geplant, bei dem sich junge Menschen intensiver mit dem Thema Europa/Europäische Union auseinander setzen sollen. Mit einer möglichst konkreten Fragestellung sollen die Jugendlichen ihre Vorstellungen für ein künftiges Europa darstellen. Die Einreichungen werden von einer Fachjury beurteilt. Bis zu zehn Jugendliche werden die Möglichkeit haben, ihre Ideen und Vorstellungen mit Entscheidungsträgern in Brüssel oder Straßburg zu diskutieren.

Tourbus

Abseits des online-Geschehens kommt „Europa“ aber auch zu den Jugendlichen: ein Tourbus wird zwischen Jänner und Mai 2014 zahlreiche Berufsschulen, überbetriebliche Ausbildungsstätten und Betriebe in ganz Österreich besuchen und in direkten Dialog v.a. mit den Lehrlingen treten.

Wanderausstellung

Die Wanderausstellung zu den Europawahlen 2014 „Europa – was ist jetzt?“ informiert in anschau-licher und umfassender Weise über die kommenden Europawahlen, das Europäische Parlament, aber auch über Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union.

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Landjugend Österreich goes Europe!

Die Landjugend Österreich ist europaweit gut vernetzt und bietet ihren Mitgliedern tolle Möglichkeiten Erfahrungen in anderen europäischen Ländern oder in Übersee zu sammeln. Die Angebote reichen vom beruflichen Praktikum bis hin zum Erleben des Alltags in einer Gastfamilie.

Internationales landwirtschaftliches Praktikum

Landwirtschaft in Europa, Kanada, USA, Australien und Neuseeland durch ein Praktikum kennenlernen: Die Landjugend unterstützt mit persönlicher Beratung, Visum, Anreise, Versicherung und der neuen EU Mobilitätsförderung Erasmus+.

Neue Bewerbungsplattform

Um ins internationale Praktikum einzusteigen, registriere dich einfach unter: **praktikum.landjugend.at**!

„IFYE“ – das Programm zum Reisen

Für ein paar Wochen ein Land kostengünstig zu bereisen und mit Gastfamilien mitzuleben ermöglicht das „IFYE“-Programm. Durch den „International Farmers Youth Exchange“ verbringen Landjugendliche aus Österreich ihren Sommer in unterschiedlichen Bundesstaaten in den USA, Norwegen, England, Nordirland, Schottland, Kanada, Estland, Schweiz und Finnland. Gleichzeitig werden Jugendliche aus der ganzen Welt für 6 Wochen nach Österreich reisen um hier einen unvergesslichen Sommer bei Gastfamilien zu verbringen.

Internationale Seminare

Die europäische Landjugend organisiert das „Spring Seminar“ und das „Autumn Seminar“ in verschieden Ländern, wo Landjugendliche die Möglichkeit haben, engagierte Landjugendmitglieder aus ganz Europa kennenzulernen!

Nähere Infos und Kontakt:
www.landjugend.at/international
DI Katharina Brader
katharina.brader@landjugend.at

Foto-Credits: Europäische Gesellschaft für Europapolitik

Auf die Plätze, fertig, los: Neues EU-Programm Erasmus+ steht allen Jugendlichen offen!

Autorin: Mag.ª Barbara Hämmerle, Österreichische Agentur „Jugend in Aktion“

Erasmus+ heißt das neue EU-Förderprogramm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Bis 2020 stellt die EU im Rahmen dieses Programms europaweit insgesamt 14,7 Milliarden Euro an Fördermitteln zur Verfügung.

Mehr als vier Millionen junge Menschen sollen davon profitieren, indem sie etwa mit Erasmus+ einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren, sich weiterbilden, an einer Jugendbegegnung teilnehmen oder sich als Freiwillige engagieren.

Jugend in Aktion

Insgesamt stehen im neuen Programm für den Jugendbereich, d.h. Aktivitäten außerhalb der allgemeinen und beruflichen Bildung, rund 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Unterteilt ist das Programm in drei große Bereiche, die sogenannten Key Actions. In Key Action 1 steht die Lernmobilität von Einzelpersonen im Vordergrund. Hier werden Jugendbegegnungen, der Europäische Freiwilligendienst sowie Aktivitäten zur Ausbildung und Vernetzung von JugendarbeiterInnen gefördert. In Key Action 2 werden Strategische Partnerschaften sowie transnationale Initiativen unterstützt, die auf Innovation, Qualitätssicherung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Jugend- und Bildungsbereich abzielen. Projekte zum Strukturierten Dialog zwischen jungen Menschen und politische Verantwortlichen finden sich in Key Action 3, die sich der Unterstützung politischer Reformen widmet.

Wusstest du ...

Für Jugendliche, die eigenständig ein Projekt auf die Beine stellen wollen, bietet Erasmus+ Jugend in Aktion folgende Möglichkeiten:

Jugendbegegnungen

Bei einer Jugendbegegnung treffen sich Gruppen junger Menschen aus verschiedenen Ländern für fünf bis maximal 21 Tage, um sich gemeinsam mit einem Thema auseinanderzusetzen, das Menschen in Europa bewegt, z.B. Armut, Jugendarbeitslosigkeit, Umweltschutz, Landflucht, ...

Europäischer Freiwilligendienst

Im Rahmen eines EFD leben Jugendliche für einen längeren Zeitraum (max. 12 Monate) im Ausland und engagieren sich dort in einem gemeinnützigen Projekt. Der EFD richtet sich an Jugendliche zwischen 17 und 30 Jahren, wobei junge Menschen mit erhöhtem Förderbedarf besonders angesprochen sind.

Transnationale Jugendinitiative

Im Rahmen der Strategischen Partnerschaften werden transnationale Jugendinitiativen unterstützt. Das heißt eine Gruppe junger Menschen führt gemeinsam mit Partnern aus anderen Ländern ein Projekt durch. Die Jugendlichen verwalten ihr Projekt selbst und arbeiten eigenständig.

Weitere Informationen rund um Fördermöglichkeiten im Jugendbereich in Erasmus+ Jugend in Aktion:
www.jugendinaktion.at
www.erasmusplus.at

Foto-Credit: Landjugend Österreich

Europäischer Rat der JunglandwirtInnen – **CEJA**

Autorin: Elisabeth Gneißl, Bundesleiterin & CEJA Delegierte der Landjugend Österreich

Das Hauptanliegen von CEJA ist es, in den Mitgliedsstaaten den jungen, produktiven und innovativen Agrarsektor zu fördern sowie beste Arbeits- und Lebensbedingungen für HofübernehmerInnen und JunglandwirtInnen zu schaffen.

CEJA ist die Plattform für die Kommunikation und den Dialog zwischen den JunglandwirtInnen und den EntscheidungsträgerInnen auf europäischer Ebene.
Die sechs EU Gründungsmitglieder erwirkten 1958 in Rom die Vorläuferorganisation der CEJA. Ihre Aufgabe bestand bereits damals, JunglandwirtInnen europaweit zu vereinigen und gemeinsam an einer jungen, zukunftsfähigen europäischen Landwirtschaft zu arbeiten. Seit diesem Zeitpunkt hat CEJA hunderte Seminare und Konferenzen in ganz Europa abgehalten und die Anliegen der JunglandwirtInnen anhand zahlreicher Dokumente und Positionierungen an europäische Institutionen sowie an EntscheidungsträgerInnen übergeben.
Einer der größten Erfolge der letzen Positionierungen ist die Verankerung der JunglandwirtInnenförderung in der 1. Säule der GAP für die kommende Periode 2014–2020.
Der Rat der europäischen JunglandwirtInnen repräsentiert keine politische Ideologie, sondern die JunglandwirtInnen sowie junge Menschen die an der Zukunft des Agrarsektors interessiert sind. Insgesamt sind dies eine Million junge LandwirtInnen die Mitglied in einer der 29 Mitgliedsorganisationen sind.
Hauptanliegen derzeit ist es JunglandwirtInnen den Einstieg in die Landwirtschaft zu erleichtern. Dies ist besonders in der heutigen Zeit eine wichtige Aufgabe, da derzeit 52% der LandwirtInnen bereits über 55 Jahre alt sind. Der Anteil an unter 35jährigen liegt dabei unter 6%. Um diesen sowie anderen Herausforderungen begegnen zu können wird ein Gesamtpaket an Maßnahmen und keine bloßen finanziellen Unterstützungen gefordert.
CEJA ist eine demokratische Organisation, die von einem Präsidium geleitet wird. Dieses wird alle zwei Jahre neu gewählt. Gegenwärtig hat der Italiener Matteo Bartolini den Vorsitz. Die Landjugend Österreich ist mit den Delegierten Elisabeth Gneißl, Leopold Höllerl und Hermann Weiß vertreten und bringt so die Interessen der österreichischen JunglandwirtInnen auf europäischer Ebene ein.

Wusstest du ...

Die Abkürzung CEJA leitet sich vom französischen Conseil Européen des Jeunes Agriculteurs ab und lässt sich als „Europäischer Rat der JunglandwirtInnen“ übersetzten. CEJA bildet das Sprachrohr der europäischen JunglandwirtInnen.

Foto-Credits: Landjugend Österreich, CEJA